

Der Gesetzgeber ist aufgefordert, Regelungen zu schaffen, die die Integration der zu uns kommenden Menschen fördern. Zugleich ist die Integrationsbereitschaft und Integrationsfähigkeit der hier Lebenden einzufordern.

Wir brauchen Menschen, die Verantwortung übernehmen und es nicht hinnehmen, dass Etwas geschieht, was in ihren Augen Unrecht ist, die Menschenwürde verletzt, oder andere ausgrenzt.

■ Das können Menschen aus einem Ort sein, wo ein Ausländer überfallen wurde. Sie gründen eine Bürgerinitiative, die mit Kirchengemeinden, Vereinen und der Kommune zusammenarbeitet, um ein Klima zu schaffen, in dem sich solche Übergriffe nicht wiederholen.

■ Das können Menschen aus einer Kirchengemeinde sein, die es nicht hinnehmen wollen, dass ihre Nachbarn auf einmal ausreisepflichtig sind, weil ihr Asylantrag negativ beschieden wurde. Möglicherweise entdecken sie ihre eigene Familien- und Gemeindegeschichte als ehemalige Glaubensflüchtlinge. Sie machen sich gesetzkundig, schreiben Eingaben und nutzen die Rechtswege, um für ihre Nachbarn ein Bleiberecht zu erkämpfen. Denn sehr viele, die im Asylverfahren scheitern, sind trotzdem gefährdet und brauchen unseren Schutz. Krieg und Bürgerkrieg, selbst erlittene Folter reichen oftmals nicht aus, um als schutzberechtigt anerkannt zu werden.

■ Das können schließlich Menschen sein, die vorher noch nie politisch engagiert waren und jetzt nichts mehr ignorieren. Sie lassen sich vom Schicksal ihrer Nachbarn anrühren. Sie interessieren sich, öffnen ihr Herz und mischen sich ein, wenn es um Sein und Bleiben geht.

Deshalb beteiligen sich Hunderttausende alljährlich an der Woche der ausländischen Mitbürger/Interkulturelle Woche. Begegnungsveranstaltungen, gemeinsame Feiern, Gottesdienste, an denen sich Migranten und Flüchtlinge beteiligen, sind erste Ansätze für ein gemeinsames Miteinander. Integration ist ein Prozess, der jeden Einzelnen – wenn auch in unterschiedlichem Maße – betrifft und zur Teilnahme herausfordert.



Herausgeber:
**Ökumenischer Vorbereitungsausschuss
zur Woche der ausländischen Mitbürger**

Veröffentlicht im Mai 2004

■ Weitere Faltblätter können bestellt werden bei:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Woche der ausländischen Mitbürger, Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main
Telefon: 069/23 06 05, Fax: 069/23 06 50
E-Mail: info@woche-der-auslaendischen-mitbuerger.de
info@interkulturellewoche.de
Internet: www.woche-der-auslaendischen-mitbuerger.de
www.interkulturellewoche.de

Unkostenbeitrag: 1 bis 99 Exemplare 0,07 Euro/Expl.;
ab 100 Exemplaren 0,05 Euro/Expl., jeweils zzgl. Versandkosten

Integrieren statt ignorieren



Woche der ausländischen Mitbürger
Interkulturelle Woche 2004

Integrieren statt ignorieren

Ein halbes Jahrhundert ist vergangen, seitdem die ersten sogenannten »Gastarbeiterinnen« und »Gastarbeiter« angeworben wurden. Sie sind zum Arbeiten gekommen und für ein Leben geblieben. Aus »Gastarbeitern« wurden Einwanderer. Die Lebensperspektiven änderten sich. Bereits vor mehr als 25 Jahren stellten die Kirchen deshalb fest: »Die Bundesrepublik Deutschland ist zum Einwanderungsland geworden.«

Unserer Gesellschaft fällt es nach wie vor schwer, sich gegenüber den Zugewanderten zu öffnen und sie als Gleichberechtigte aufzunehmen. Integration ist weder Privatsache noch allein eine vom Staat zu bewältigende Aufgabe. Sie kann nur gelingen, wenn alle – gleich welcher Herkunft, welcher Nationalität oder welchen Glaubens – daran beteiligt werden. Damit aber jene, die kommen bzw. gekommen sind, sich beteiligen können, dürfen sie nicht ignoriert werden. Die Mehrheitsgesellschaft muss die Tür öffnen, um den Zuwandernden das Gefühl zu vermitteln, willkommen zu sein.

Der Staat muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, bürgerschaftliche Mitverantwortung und Teilhabe als Grundwerte unserer Gesellschaft greifen können. Dies muss für alle Menschen gelten, die dauerhaft in Deutschland leben.

■ Trotz eines langen Aufenthaltes leben viele Ausländerinnen und Ausländer ohne einen gesicherten Aufenthaltsstatus. Dies führt teilweise zum Ausschluss von sozialen Rechten. Aber auch Einwanderer mit unsicherem Aufenthaltsstatus zahlen Sozialversicherungsbeiträge und erziehen Kinder, die unter Umständen auf Dauer in Deutschland leben. Wichtig bleibt, dass in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder aus Migrantenfamilien einen umfassenden Schutz vor Ausweisung erhalten.

■ Mehr als 200.000 Menschen leben seit Jahren »geduldet« in Deutschland. Eine Duldung bedeutet lediglich die Aussetzung der Abschiebung, verleiht also kein Aufenthaltsrecht. Das Instrument der Duldung ist eigentlich nur für kurzzeitige Abschiebungshindernisse bestimmt und keineswegs als »Ersatzaufenthaltstitel« gedacht. Dennoch wird es in der Praxis vielfach zu diesem Zweck missbraucht. An diesen »Kettenduldungen« – nicht an der Duldung als solcher – entzündet sich die Kritik.

Es ist humanitär nicht hinnehmbar, Menschen, die aus guten Gründen für längere Zeit in Deutschland bleiben müssen, in extremer aufenthaltsrechtlicher Unsicherheit zu belassen. Die Menschenwürde der Betroffenen, an der jede rechtliche Regelung zu messen ist, gebietet es nicht nur, ihnen den Verbleib in unserem Land zu ermöglichen, vielmehr müssen sie auch Lebensbedingungen vorfinden, die es ihnen gestatten, sich in unserer Gesellschaft eine Existenz aufzubauen. Dazu gehören neben einem sicheren Aufenthaltsrecht insbesondere auch das Recht auf Familieneinheit sowie der Zugang zu Bildung und Beschäftigung. Dies gilt insbesondere dann, wenn drohende schwere Menschenrechtsverletzungen der Abschiebung entgegenstehen. Außerdem müssen die Integrationsleistungen, die von betroffenen Menschen bei langjährigem Aufenthalt unter erschwerten Bedingungen erbracht wurden, viel stärker als bisher berücksichtigt werden.

■ Arbeit zu haben, ist wichtig für Integration. Eine überalternde Gesellschaft braucht Zuwanderer und dies unabhängig von der aktuell hohen Arbeitslosigkeit. In einer globalisierten Welt ist nationalstaatliche Abschottung – auch rein ökonomisch gesehen – unsinnig. Es bedarf aber transparenter und zielgerichteter Integrationsmodelle.

Immer wieder wird die angebliche »Zuwanderung in die Sozialsysteme« beklagt. Gleichzeitig wird verhindert, dass Menschen eine Arbeit aufnehmen können und damit bessere Integrationsmöglichkeiten haben. Arbeit heißt nicht nur wirtschaftliche Eigenständigkeit. Sie ist in unserer Gesellschaft eine wichtige Quelle sozialer Anerkennung und persönlichen Selbstwertgefühls.

Es besteht breite Übereinstimmung darin, dass die Integrationsanstrengungen verstärkt werden müssen. Das Wort von der Integration gleicht gegenwärtig einer ideologischen Stopfgans, die jeder mit seinem Welt- und Menschenbild füttert. Viele sagen Integration und meinen die Aufgabe der eigenen Identität der Zuwandernden. Eine erfolgreiche Integration ist jedoch ein Prozess, bei dem verschiedene Teile zu einem neuen Ganzen zusammengefügt werden. Das Ergebnis kann eine Gesellschaft sein, die an kulturellem Reichtum gewinnt. Dabei stehen die im Grundgesetz festgelegten Werte unserer Gesellschaft ebenso wie die internationalen Konventionen und Menschenrechte nicht zur Disposition. Ziel der Integration ist die gleichberechtigte wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe aller am Leben in unserem Land. Integration ist eine gesellschaftliche Aufgabe, bei der alle, Politik und Behörden, Kirchen, Verbände und Organisationen, Wirtschaft sowie die Migrantinnen und Migranten selbst Verantwortung übernehmen und ihren Beitrag leisten müssen.